

Vortrag an den Ministerrat

24. Tagung der Versammlung der Vertragsstaaten des Römer Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs, Den Haag, 1.-6. Dezember 2025; österreichische Delegation

Voraussichtlich von 1. bis 6. Dezember 2025 wird in Den Haag die 24. Tagung der Versammlung der Vertragsstaaten des Römer Statuts (RS) des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) gemäß Art. 112 RS (BGBl. III Nr. 180/2002 idF BGBl. III Nr. 95/2015 und BGBl. III Nr. 96/2015) stattfinden.

Bei dieser Tagung stehen die jährliche Generaldebatte über die Arbeit des IStGH und die Beschlussfassung über das Budget des Gerichtshofs für 2025 auf der Tagesordnung. Darüber hinaus werden die Auswirkungen bestehender und möglicher zukünftiger Zwangsmaßnahmen durch Nicht-Vertragsparteien auf den IStGH, und welche Schritte zur Sicherung der Tätigkeit des Gerichtshofs gesetzt werden können, ein wichtiges Thema sein, genauso wie Austritte aus dem Römer Statut und die Verletzung der Kooperationsverpflichtung durch einige Vertragsparteien im vergangenen Jahr. Auch ein Austausch über die wachsende Zahl von weltweiten Situationen und Fällen, sowie bevorstehende Verfahren wird erwartet.

Die aktive Teilnahme der österreichischen Delegation an der 24. Tagung der Versammlung der Vertragsstaaten ist gerade angesichts der Ermittlungen des IStGH zu möglichen Völkerstraftaten im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine sowie den Zwangsmaßnahmen durch Nicht-Vertragsstaaten besonders wichtig.

Es ist beabsichtigt, zu dieser Tagung folgende österreichische Delegation zu entsenden:

Generalsekretär Botschafter Mag. Dr. Nikolaus Marschik Delegationsleiter	Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten
Botschafter Mag. Engelbert Theuermann stv. Delegationsleiter	Österreichische Botschaft Den Haag
Gesandte Mag. Viktoria Wagner stv. Delegationsleiter	Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten
Gesandter Mag. Martin Krüger	Österreichische Botschaft Den Haag
Mag. Faris Sider	Österreichische Botschaft Den Haag
Dr.in Astrid Reisinger Coracini	Universität Salzburg

Der Delegation werden, wenn nötig, die erforderlichen Beraterinnen und Berater aus den zuständigen Bundesministerien beigezogen werden.

Die mit der Entsendung dieser Delegation verbundenen Kosten finden ihre Bedeckung in den Budgets der jeweils entsendenden Ressorts. Sofern Beschlüsse zu Beitragserhöhungen gefasst werden, werden sie aus den dem zuständigen Ressort zur Verfügung gestellten Mitteln bedeckt.

Im Einvernehmen mit der Bundesministerin für Justiz stelle ich daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle dem Herrn Bundespräsidenten vorschlagen, die Mitglieder der österreichischen Delegation in der oben angeführten Zusammensetzung zur Teilnahme an den Beratungen und Beschlussfassungen der 24. Tagung der Versammlung der Vertragsstaaten des Römer Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs zu bevollmächtigen.

6. November 2025

Mag.^a Beate Meinel-Reisinger, MES
Bundesministerin